

## Fahrlässige Tötung? Künftige Regierung will Rauchverbot kippen

Utl.: PsychologInnenverband für den Erhalt des gesetzlichen  
Rauchverbotes in Lokalen =

Wien (OTS) - Der Berufsverband Österreichischer PsychologInnen (BÖP) spricht sich entschieden für den Erhalt des gesetzlichen Rauchverbots aus.

"Aus suchtpräventiven und gesundheitspsychologischen Überlegungen ist dieses Rauchverbot auf mehreren Ebenen wirksam. Für Jugendliche steigt die Wahrscheinlichkeit, gar nicht erst mit dem Rauchen zu beginnen, da das "Nichtrauchen als Norm" weiterhin gestärkt wird. RaucherInnen, aber auch Ex-RaucherInnen würden insofern profitieren, da durch das Rauchverbot in den Innenräumen oft weniger Zigaretten in der gleichen Zeit konsumiert werden - der Automatismus fällt weg, weil bewusst vor die Türe gegangen werden muss. Und ein rauchendes Umfeld animiert dazu mehr zu rauchen und das gilt auch umgekehrt. Das Rauchverbot wird aber auch Personen, die bereits den Wunsch haben das Rauchen zu beenden, in ihrem Entschluss stärken. Unbedingt erforderlich ist eine rauchfreie Umgebung für Säuglinge und Kinder, wie z.B. im Auto und auch in der Wohnung", sagt Beate Wimmer-Puchinger, Präsidentin des Berufsverbandes Österreichischer PsychologInnen.

„In Österreich bemüht man sich seit nunmehr 20 Jahren um die stark nikotinabhängigen RaucherInnen und bietet ihnen eine dreiwöchige stationäre Raucherbehandlung an. Stark abhängige RaucherInnen, die ein sehr hohes Gesundheitsrisiko aufweisen, haben es aufgrund ihrer Abhängigkeit besonders schwer, von der Zigarette loszukommen. Besonders diese PatientInnen betonen immer wieder, wie wichtig es für sie ist, dass ihre Umwelt, einschließlich der Gastronomie, möglichst rauchfrei ist. Nur so gelingt es ihnen, dem in erster Zeit der Abstinenz immer wieder aufkommendem Verlangen zu widerstehen, weiß Rudolf Schoberberger, Gesundheitspsychologe und Experte im Bereich der Raucherentwöhnung.

Es ist bedauerlich, dass die Diskussion um das Rauchverbot von anderen Problemen im Gesundheitsbereich ablenkt wie z.B. dem Anstieg von Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen oder von psychischen Erkrankungen. Vor allem immer mehr Jugendliche und junge Menschen

sind davon betroffen.

Der Berufsverband Österreichischer PsychologInnen appelliert an künftige Regierungsmitglieder und Entscheidungsträger im Gesundheitswesen, sich massiv für das Rauchverbot einzusetzen. Statt hohe Kosten für die Behandlung von Folgeerkrankungen durch Nikotinabhängigkeit zu bezahlen, sollte es möglich sein, präventive Maßnahmen zu finanzieren, die wesentlich günstiger sind, somit das Gesundheitssystem entlasten und darüber hinaus Einzelpersonen und ihrem Umfeld ein gesundes Leben ermöglicht.

~

Rückfragehinweis:

Berufsverband Österreichischer PsychologInnen  
Mag.a Monika Glantschnig  
01 / 407 26 71/17  
glantschnig@boep.or.at  
www.boep.or.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1252/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0204 2017-12-01/15:54

011554 Dez 17

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20171201\\_OTS0204](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171201_OTS0204)